

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten René Springer, Petr Bystron, Dr. Alexander Gauland, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4321 –

Bundeswehreinsätze in Mali und Niger beenden

A. Problem

Nach Auffassung der Antragsteller sind die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) und die Ausbildungsmission der EU für die mali-schen Sicherheitskräfte (EUTM Mali) gescheitert. Die Sicherheitslage sei in gro-ßen Teilen des Landes außer Kontrolle und die Haltung der durch einen Militär-putsch an die Macht gekommenen Regierung zum Friedensabkommen von Algier von 2015 sei unklar; auch sei nicht gewährleistet, dass die von EUTM Mali aus-gebildeten Sicherheitskräfte von der Regierung im Sinne des Mandats der Mission eingesetzt würden.

Das Scheitern beider Missionen war aus Sicht der Antragsteller absehbar: Es fehle in Mali an einer die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verbindenden natio-nalen Identität, die auch nicht durch eine Intervention von außen geschaffen wer-den könne. Statt daraus rechtzeitig die Konsequenzen zu ziehen, habe die interna-tionale Gemeinschaft unter Beteiligung der Bundesregierung jedoch immer neue Mittel bereitgestellt und Kompetenzen und Umfang beider Missionen ausgewei-tet, ohne dass dadurch eine Befriedung und Stabilisierung des Landes erreicht worden sei. Durch die weitere deutsche Beteiligung an den Missionen würden deutsche Soldatinnen und Soldaten einem politisch nicht zu rechtfertigenden Ri-siko für Leib und Leben ausgesetzt. Ihr Abzug sei daher unverzüglich in die Wege zu leiten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4321 abzulehnen.

Berlin, den 30. November 2022

Der Auswärtige Ausschuss

Thomas Erndl
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Markus Koob
Berichtersteller

Merle Spellerberg
Berichterstellerin

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Matthias Moosdorf
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Dr. Karamba Diaby, Markus Koob, Merle Spellerberg, Ulrich Lechte, Matthias Moosdorf und Sevim Dağdelen

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/4321** in seiner 67. Sitzung am 11. November 2022 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der Antragsteller sind die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA) und die Ausbildungsmission der EU für die malischen Sicherheitskräfte (EUTM Mali) gescheitert. Die Sicherheitslage sei in großen Teilen des Landes außer Kontrolle und die Haltung der durch einen Militärputsch an die Macht gekommenen Regierung zum Friedensabkommen von Algier von 2015 sei unklar; auch sei nicht gewährleistet, dass die von EUTM Mali ausgebildeten Sicherheitskräfte von der Regierung im Sinne des Mandats der Mission eingesetzt würden.

Das Scheitern beider Missionen war aus Sicht der Antragsteller absehbar: Es fehle in Mali an einer die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen verbindenden nationalen Identität, die auch nicht durch eine Intervention von außen geschaffen werden könne. Statt daraus rechtzeitig die Konsequenzen zu ziehen, habe die internationale Gemeinschaft unter Beteiligung der Bundesregierung jedoch immer neue Mittel bereitgestellt und Kompetenzen und Umfang beider Missionen ausgeweitet, ohne dass dadurch eine Befriedung und Stabilisierung des Landes erreicht worden sei. Durch die weitere deutsche Beteiligung an den Missionen würden deutsche Soldatinnen und Soldaten einem politisch nicht zu rechtfertigenden Risiko für Leib und Leben ausgesetzt. Ihr Abzug sei daher unverzüglich in die Wege zu leiten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4321 in seiner 28. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 20/4321 in seiner 23. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 20/4321 in seiner 22. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 20/4321 in seiner 26. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4321 in seiner 27. Sitzung am 30. November 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 30. November 2022

Dr. Karamba Diaby
Berichtersteller

Markus Koob
Berichtersteller

Merle Spellerberg
Berichterstatterin

Ulrich Lechte
Berichtersteller

Matthias Moosdorf
Berichtersteller

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

